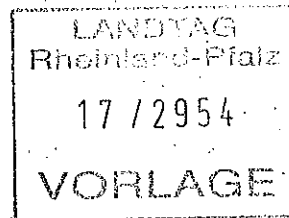




Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Thomas Weiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DER MINISTER
Dr. Volker Wissing
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2201
Telefax 06131 16-2170
poststelle@mwwlvw.rlp.de
www.mwwlvw.rlp.de

28. März 2018

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 14. März 2018

TOP 3 Bisher umgesetzte Maßnahmen zur Abwendung von Diesel-Fahrverboten
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 17/2775

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 14. März 2018 wurde zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt zugesagt, den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Entsprechend dieser Zusage erhalten Sie nunmehr den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Volker Wissing

Sprechvermerk

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 14. März 2018

TOP 3 Bisher umgesetzte Maßnahmen zur Abwendung von Diesel-Fahrverboten
Antrag der Fraktion der AfD
- Vorlage 17/2775 -

Anrede,

wie Sie sicher alle wissen, fand am 22. Februar 2018 zum Thema Mobilität und Luftreinhaltung die dazu richtungsweisende Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht statt. Die Entscheidung des Gerichts über mögliche Diesel-Fahrverbote für bessere Luft in den Städten wurde am 27. Februar 2018 verkündet. Unter der Voraussetzung insbesondere einer Verhältnismäßigkeitsprüfung können Städte demnach Fahrverbote in Erwägung ziehen.

Wie bereits zu Beginn der jüngsten Diskussion um die Luftschadstoffproblematik in den Städten betonte, ist Herrn Minister Dr. Wissing dieses Thema besonders wichtig. Deshalb wurde in diesem Zusammenhang vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau umgehend das Aktionsprogramm „Saubere Mobilität“ aufgelegt. Der Landesregierung war von Beginn an klar, dass für den Schutz der Menschen und der Wirtschaft und zur Abwendung von massiven Schäden für die von Grenzwertüberschreitungen betroffenen drei rheinland-pfälzischen Städte Mainz, Koblenz und Ludwigshafen ein sofortiges Handeln erforderlich ist. Das ist erfolgt!

Wie bereits mehrfach – zuletzt im Plenum am 22. und 23. Februar 2018 – berichtet, unterstützt die Landesregierung mit dem Aktionsprogramm „Saubere Mobilität“ die Städte Mainz, Koblenz und Ludwigshafen nach besten Kräften, damit die Stickoxidbelastung zeitnah sinken und die Grenzwerte möglichst schnell eingehalten werden. Das Bundesprogramm „Saubere Luft“ verfolgt die gleiche Zielrichtung.

Die Vereinbarkeit von Mobilität mit dem Schutz der Menschen vor Luftschadstoffen wird uns insbesondere in den Ballungsräumen noch große Kraftanstrengungen abverlangen. Wie die aktuellen Messwerte belegen, sind wir in Rheinland-Pfalz dem Ziel einer Einhaltung der Stickstoffdioxid-Grenzwerte einen entscheidenden Schritt näher gekommen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich aufgrund des Sachzusammenhangs zusammengefasst die Fragen 1-3 aus der Vorlage seitens der Landesregierung wie folgt:

Nach den am 30. Januar 2018 vom Umweltbundesamt veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen der Stickstoffdioxid-Messungen ist die Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid (NO₂) in 2017 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Die Zahl der Kommunen mit Grenzwertüberschreitungen nahm nach erster Schätzung bundesweit von 90 auf 70 ab. Die Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes belegen auch für die Städte Mainz, Koblenz und Ludwigshafen erkennbare Minderungen der Immissionen. Dem Umweltbundesamt zufolge erreicht Koblenz in 2017 dabei den Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter. Der Grund dürfte in den Software-Updates und im zunehmenden Anteil von Pkw und Lkw liegen, welche die Euro 6 bzw. VI-Schadstoffnorm erreichen. In Mainz wird sicherlich auch die Inbetriebnahme der aus Landesmitteln geförderten Mainzelbahn eine Rolle spielen. Infolge des weiter wachsenden Anteils schadstoffarmer Fahrzeuge im realen Betrieb und wegen der Minderungsmaßnahmen der Kommunen, wie Busnachrüstungen mit Abgasreinigung, die wir fördern wollen, ist auch in diesem und im kommenden Jahr mit einem weiteren, spürbaren Rückgang zu rechnen.

Die Städte Mainz, Koblenz und Ludwigshafen haben hierbei mit der konsequenten Fortschreibung der Luftreinhaltepläne und mit Unterstützung des Landes die Maßnahmen definiert, die kurzfristig eine Stickoxidminderung bewirken können. Diese gilt es nun, im Rahmen des Aktionsprogrammes „Saubere Mobilität“ des Landes rasch umzusetzen. Hierdurch kann die Zeit genutzt werden, bis die Maßnahmen des Bundes greifen. Die Städte entscheiden dabei selbst, auf welche Strategie und auf welche Instrumente sie setzen, da die örtlichen Verhältnisse unterschiedlich sind.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat allen drei Städten bereits im letzten Jahr die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilt. Die Städte bereiten derzeit die Umsetzung der Maßnahmen vor. Insbesondere geht es um Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr, wie die Busnachrüstung mit Filtertechnik und technische Einrichtungen zur Verbesserung des Verkehrsflusses.

Im Rahmen des Förderprogramms „Automatisierung und Vernetzung im Straßenverkehr“ des Bundes erfolgte die Übergabe der Zuwendungsbescheide für die Erstellung der Masterpläne „Green-City-Plan“ Ende Dezember 2017. Die Erstellung der Masterpläne wurde zwischenzeitlich von Seiten der Städte beauftragt. Ziel der Masterpläne ist die Identifizierung und Bewertung geeigneter Maßnahmen als Basis für

eine Prioritätenreihung bei der Gestaltung des Bundesförderprogrammes. Die Ergebnisse der Masterpläne bleiben somit als Beurteilungsgrundlage abzuwarten.

Anrede,

ich möchte es am Ende noch einmal bekräftigen: Die Landesregierung wird die von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Kommunen auch weiterhin unterstützen. Gemeinsam haben wir schon die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen und die Problemlösung einen entscheidenden Schritt voran gebracht.

Wir handeln damit schnell, um die Zeit zu überbrücken, bis die geplanten Programme auf Bundesebene greifen. Wir wollen damit nicht nur die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, von Handel und Gewerbe sichern, sondern auch die Lebensqualität und Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner der Innenstädte.

Vielen Dank !